

II- 1377 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 30. Juni 1971 No. 723/J

A n f r a g e

der Abgeordneten REGENSBURGER, KARASEK, BLENK, Leitner
und Genossen
an den Bundesminister für Unterricht und Kunst
betreffend Förderung der Theater in Ländern und Gemeinden.

Der Theatererhalterverband der österreichischen Bundesländer und Städte ist im Februar 1971 in einer Resolution an die Bundesregierung mit den Ersuchen um Unterstützung der kulturellen Arbeit der Länder- und Gemeinde-Theater herangetreten.

Dieses Ersuchen entspricht in seiner Tendenz einigen der in der Regierungserklärung angekündigten Zielsetzungen im Bereich der Kunst- und Kulturpolitik. Der Bundeskanzler machte damals die zentrale Aussage, daß es Aufgabe der Kunstpolitik sei, zur Milderung des geographisch-sozioökonomisch bedingten Kulturgefälles beizutragen. Als eine dafür geeignete Maßnahme kündigte er die Neuregelung der Zusammenarbeit zwischen Bundestheater und Landestheater an. - Bisher haben sich aber weder die grundsätzlichen Zielsetzungen noch die angekündigten konkreten Maßnahmen positiv auf die Situation der Länder- oder Gemeinde-Theater ausgewirkt.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Unterricht und Kunst folgende

A n f r a g e :

- 1) Wie lautet der genaue Text der im Februar 1971 vom Theatererhalterverband der österreichischen Bundesländer und Städte verfassten Resolution?

-2-

- 2) Sind Sie bereit, den darin enthaltenen Forderungen zu entsprechen?
- 3) Welche Maßnahmen haben Sie bisher schon entsprechend den Aussagen und Ankündigungen der Regierungserklärung im Bereich der Kunstpolitik ergriffen, um
 - a) zur Milderung des geographisch-sozioökonomisch bedingten Kulturgefälles beizutragen und
 - b) die Zusammenarbeit zwischen Bundestheater und Landestheater in diesem Sinne neu zu regeln?
- 4) Welche Kosten hat bisher die Bundestheaterreform im einzelnen verursacht (Personalaufwand, Sachaufwand)?
- 5) Welche weiteren Kosten werden im einzelnen im Zuge der Bundestheaterreform durch geplante Umbaumaßnahmen im Bereich der Bundestheaterverwaltung und durch die Aufnahme von zusätzlichem Personal verursacht?